

# Alte Umfahrungrstrasse wieder im Plan

Kampfabstimmung in Rudersberg bei der Sondersitzung zum Flächennutzungsplanentwurf / Auslegungsbeschluss gefasst

Rudersberg (-/mpf).

Bei der Sondersitzung des Rudersberger Gemeinderates zum Flächennutzungsplan beschloss die Ratsmehrheit eine bedeutsame Änderung. Die alte Umfahrungrstrasse des Regierungspräsidiums, nach dem Bürgerentscheid aus der Diskussion verschwunden, soll wieder rein in den Plan.

Für den FWV-Antrag im Rudersberger Gemeinderat im Sinne einer „gewissen Nachhaltigkeit“, will man sich doch in den nächsten Jahrzehnten nichts verbauen, stimmten neun Gemeinderäte aus den Reihen von FWV und CDU. Sie setzten sich gegen acht Antragsgegner anderer Fraktionen durch. Die Trasse einzuzeichnen, hatte zuvor Umfahrungrbefürworter und Ex-Gemeinderat Rolf Rommel gefordert.

Diese Trasse, von Regierungspräsidium und der Gemeinderatsmehrheit einst geplant und vorangetrieben, war beim Bürgerentscheid im September 2007 mit großer Mehrheit mit Erfüllung des Quorums abgelehnt worden. Die Mehrheit befürchtete, dass die Umfahrungr vor den Toren Rudersbergs enden könnte. Kürzlich, als das Stuttgarter Verkehrsministerium mit der Infor-

mation über geplanten Straßenbau die Diskussion um die Umfahrungen Miedelsbach, Allmersbach, Rudersberg und Winterbach wieder belebte, hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann den Widerstand im Wieslaufftal bei einer Demonstration am Rudersberger Bahnhof schon persönlich zu spüren bekommen. Flammt nun die Diskussion um die im Wieslaufftal schon lange umstrittenen Umfahrungrpläne wieder auf?

Bürgermeister Martin Kaufmann gehörte zu denen, die den Antrag ablehnten. Der Rathauschef sah keine planerische Grundlage für die Wiederaufnahme und hielt eine Festlegung auf einen Trassenverlauf nicht für sinnvoll. Zudem wollte er aus strategischen Gründen der Bevölkerung kein Signal geben, dass die Gemeinde eine Umfahrungrstraße wünscht. Wie der Rathauschef gestern auf Anfrage ergänzte, wird er sich dennoch nach dem demokratisch gefassten Beschluss einsetzen, dass die Trasse eingezeichnet wird. Er hofft, dass die zweite Auslegung schnell vonstattengeht und der Gemeinderat im Sinne der Rechtssicherheit dann die Planung verabschiedet. Der Flächennutzungsplan soll „noch in diesem Jahr Rechtskraft“ bekommen. Was die Umfahrungr anbelangt, glaubt Kaufmann, „dass nichts passiert“, wenn sie nur im Plan steht. Das Land habe sie zuletzt „in keiner Weise priorisiert.“ Allerdings könne in Richtung Miedelsbach und Allmersbach ein

missverständliches Signal ausgehen.

Letztlich hat der Gemeinderat mit vier Gegenstimmen der Rudersberger Bürger den Beschluss gefasst, den vom Ingenieurbüro Agos erarbeiteten Abwägungsvorschlag mit den aktuellen Veränderungen bei Windkraftstandorten, der Verlegung des Sportgeländes Meikenmichel an den Standort Egelsee und der Umfahrungrstrasse erneut öffentlich auszulegen. Vor allem die Bebauung am Bronnwiesenweg und im



In den Köpfen der Menschen lebt die Umfahrungrdiskussion wieder auf. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann bekam dies kürzlich bei seiner Rudersberg-Visite zu spüren. Bild: Bernhardt

Jungholz war wegen des Hochwasser- und Artenschutzes strittig. Auch Regionalverband und die Nachbarstadt Schorndorf sahen die Ausweisung von 11,4 Hektar für Wohnungsbau kritisch. Die RB-Mitglieder lehnten laut „Büttel“ letztlich die Ausweisung von „zu vielen“ Bauerwartungsflächen ab. Kaufmann verwies darauf, dass sich die Gemeinde verpflichte, nur maximal 75 Prozent der ausgewiesenen Wohnbauflächen bis 2025 zu realisieren. Die geforderten artenschutzrechtlichen Untersuchungen könnten auch noch während der Bauverfahren erledigt werden.

Strittig war auch der Hochwasserschutz. Ist in Falle eines Schutzes vor dem 125-jährigen Hochwasserereignis das Bauen in Flächen möglich, die zwar bei einem 100-jährigen Hochwasser verschont blieben, sonst aber überflutet sind? Bei der Beratung des Flächennutzungsplans standen auch Pflanzbindungen in der Diskussion, die vielfach nur auf Plänen stehen, aber nicht umgesetzt werden. Und: dass auch die Gemeinde Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe auf Flächen vorsieht, die sich im Eigentum von Landwirten befinden. Der Planer entgegnete, die Gemeinde könne auch auf Punkte im Ökokonto zurückgreifen.

Nach der neuerlichen Überarbeitung der Pläne soll es eine Informationsveranstaltung geben. Parallel dazu werden wieder die Träger öffentlicher Belange angehört.